

Tschechien

Vladimír Handl / Kristina Larischová

Neben dem EU-Beitritt war das meist diskutierte Thema die Reform der öffentlichen Finanzen, bei der es am parteiübergreifenden Konsens fehlte. Die Koalitionsregierung war durch politische Schwäche (eine Stimme Mehrheit) und Uneinigkeit gekennzeichnet. Die Kritiker des sozialdemokratischen (CSSD) Ministerpräsidenten Spidla werfen diesem vor, den zwei Koalitionspartnern (Christdemokraten und Freiheitsunion) der rechten Mitte zu große Zugeständnisse zu machen. Es gelang der Koalitionsregierung Änderungen durchzusetzen, die die gegenwärtige Verschuldung zumindest stabilisieren sollten. Das Haushaltsdefizit sollen von aktuell über 7% bis 2006 auf 4% sinken. Die Gesetze zur Verbrauchs- sowie Mehrwertsteuer bedeuteten deutliche Steigerungen der Preise im Jahr 2004. Die tschechische Wirtschaftskraft erreichte ca. 63% des EU-Durchschnitts. Im Jahre 2003 stieg das BIP Tschechiens um 2,9%, bei einer kaum existierenden Inflation und einer Arbeitslosigkeit von knapp 10%. Die Tschechische Republik ist seit dem Jahre 2000 an erster Stelle der Länder Mittel- und Osteuropas im Bereich ausländischer Direktinvestitionen pro Kopf. 85% des Außenhandels der Tschechischen Republik wird mit den Ländern des Europäischen Wirtschaftsraums abgewickelt. Vor dem Beitrittsreferendum haben alle politischen Parteien bis auf die Kommunisten den Beitritt zur EU unterstützt. Der positive Ausgang des Referendums im Juni 2003 kann als der Wille aller Bevölkerungsgruppen für den europäischen Weg gewertet werden (bei einer Wahlbeteiligung von 55% der Bürger haben sich 77% für und 23% gegen den Beitritt ausgesprochen). Außer dem EU-Beitritt befasste sich die tschechische Diplomatie mit dem Thema des Irakkriegs: Die Politik blieb uneinig in der Frage der Zugehörigkeit zu der Anti-Irak-Koalition. Nach dem Krieg wurde in Basra ein Feldlazarett stationiert, tschechische Experten und Militärpolizisten helfen beim Wiederaufbau im Irak. Das Abgeordnetenhaus hat im Februar 2004 die Entsendung von mehr als 100 Soldaten nach Afghanistan genehmigt, was für die tschechische Armee die erste direkte Beteiligung an einem Kampfeinsatz seit Ende des Zweiten Weltkriegs bedeutete. Die novellierte Sicherheitsstrategie¹ der Tschechischen Republik sieht die NATO als die wichtigste Sicherheitsorganisation. Tschechien unterstützt auch die Entwicklung der GASP/ESVP, solange sie zu keiner Verdopplung der NATO-Strukturen führt. Der am meisten umstrittene Artikel 42 ermöglicht auch ein preemptives Handeln. Kontrovers diskutiert wurde die Entscheidung der Regierung, 14 Jas-39 Grippen Jagdflugzeuge von Schweden zu mieten.

Die regionale Zusammenarbeit steht vor einer Neudefinition. Der ursprüngliche Sinn der Visegrad Gruppe wurde mit dem EU-Beitritt weitgehend erfüllt und man erwartet eine Ad-hoc-Zusammenarbeit in der EU. Die Visegrad-Staaten konnte sich allerdings nicht auf eine einheitliche Position während der EU-Regierungskonferenz einigen. Die Regionale Partnerschaft mit Österreich, Polen, Slowakei, Slowenien und Ungarn bekam konkretere Konturen, u.a. im Bereich der inneren Sicherheit. Der Besuch von Bundeskanzler Schröder

¹ www.czechembassy.org/wwwo/mzv/defaultl.asp?idj=2&amb=1.

am 5. September 2003 wurde als Beweis für, historisch betrachtet, beste bilaterale Beziehungen betrachtet; die Vergangenheitsdebatte blieb weiterhin. Ein paradoxer Nebeneffekt der EU-Erweiterung wird bis zum Beitritt zum Schengenraum eine Verschärfung der Kontrollen an der tschechisch-slowakischen Grenze sein.

Europapolitische Debatte und Beziehungen zur EU

Sowohl die Linke wie auch die Rechte blieben in Bezug auf den Europäischen Verfassungsvertrag gespalten, wobei die Bürgerlichen Demokraten (ODS) und die Kommunisten dessen stärkste Gegner waren. Präsident Klaus hat, anders als in der Verfassung vorgesehen, eine Mitgestaltung der Außenpolitik in Anspruch genommen, indem er seine euroskeptische Linie durchzusetzen suchte. Der Präsident rief nach einer Verlangsamung der Integration, hielt einen EU-Verfassungsvertrag für „absolut unwichtig, unnötig“² und für einen Schritt zu einem Superstaat.³ Die ODS und die britischen Konservativen unterschrieben diesbezüglich den Prager Aufruf.⁴ Die ODS stellte sich gegen eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion, die ihrer Meinung nach zu einer deutsch-französischen Dominanz und Schädigung der transatlantischen Beziehungen führen würde. Der ODS-Schattenaußenminister Zahradil verließ als Einziger den EU-Konvent noch vor seinem Ende und unterschrieb das Abschlussdokument nicht. Er lehnte die Absicht des Premierministers ab, sich einem eventuellen „Kern“ der EU anzuschließen. Das Eurobarometer zeigte im Februar 2004, dass 64% der Tschechen den Verfassungsvertrag befürworteten.⁵ Während des Konvents und der Regierungskonferenz unterstützte die Regierung das Modell der doppelten Mehrheit, forderte aber eine Hürde von 60%, sowohl für die Anzahl der Länder wie auch für den Bevölkerungsanteil. Außerdem forderte sie die Beibehaltung des Vetorechts in Steuerfragen und bei Haushaltsangelegenheiten. Zudem bestanden die tschechischen Verhandlungsführer auf einen gleichwertigen Kommissar pro Mitgliedstaat auch nach 2009 und betonte den zwischenstaatlichen Charakter des Postens eines EU-Außenministers. Eine grundsätzliche Erweiterung der Zuständigkeiten der EU sollte vorerst durch die nationalen Parlamente gebilligt werden. Die Präambel sollte einen Hinweis auf christliche Wurzeln Europas beinhalten. Prag veranstaltete eine Konferenz der kleineren und mittleren Staaten, um die Positionen bezüglich des Verfassungsvertrages zu koordinieren.⁶ Präsident Spidla hat den straffreien Verstoß gegen die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts mit größerer Beunruhigung wahrgenommen, als das Scheitern des Brüsseler Gipfels zum Verfassungsentwurf.

Anfang Februar 2004 hat die CSSD gegen den Willen der Koalitionspartner sowie der Opposition den Ex-Umweltminister Milos Kuzvart als Mitglied der Europäischen Kommission durchgesetzt. Sein Rücktritt ein paar Wochen später führte zu einer internationalen Blamage. Das Kabinett hatte folglich auf den bewährten Ex-Chefunterhändler Pavel Telicka gesetzt.

2 www.vaclavklaus.cz.

3 Klaus für die Tageszeitung MfD: Ich werde empfehlen, wie beim EU-Verfassungsreferendum abzustimmen, 1.11.2003.

4 Prague Declaration 10.7.2003 http://www.ods.cz/knihovna/dokumenty/prague_declaration.php.

5 http://europa.eu.int/comm/public_opinion/flash/fl159_fut_const.pdf.

6 Staatssekretäre von 15 Ländern nahmen daran am 1.9.2003 teil; die Benelux Staaten haben abgesagt und wollten eine Brückenfunktion zwischen Staatengruppen spielen.

Im Agrarbereich begann zum Juli 2003 die letzte Phase der Handelsliberalisierung mit der EU. Man erwartete einen Zuwachs des gegenwärtigen Agrarhandelsdefizits um weitere 27%. Zwei Monate vor dem Beitritt wurde die tschechische Öffentlichkeit und Politik von dem Rückzug der bilateralen Versprechen über den freien Arbeitsverkehr negativ überrascht. Die tschechischen Bürger können nur in Irland und Großbritannien ohne Einschränkungen Arbeit suchen. Die tschechische Diplomatie machte sich für ein Differenzierungsprinzip unter den neuen EU-Ländern stark.

Beitrittsvorbereitungen

Der letzte Konvergenzbericht der Europäischen Kommission zur Tschechischen Republik (November 2003) war insgesamt positiv. Die Kommission beanstandete dennoch Mängel in der Kontrolle der Hygienestandards in der Lebensmittelindustrie, technischer und sozialer Regulierung des Straßenverkehrs sowie Verzögerungen bei den Gesetzen zur gegenseitigen Anerkennung von Hochschuldiplomen und Qualifikationen der Mitgliedstaaten.

Es herrschten Zweifel, ob die Tschechische Republik fähig sein wird, die Strukturfondsmittel zu nutzen und ob sie sogar zu einem Nettozahler werden kann. In den ersten drei Jahren nach dem EU-Beitritt soll Tschechien laut dem Finanzministerium bis zu 3,8 Mrd. Euro aus dem EU-Haushalt schöpfen können, während man im Gegenzug im gleichen Zeitraum 2,6 Mrd. Euro einzuzahlen habe.⁷ Erst Ende Oktober 2003 wurde die lange geforderte Gesetzesnovelle zum öffentlichen Auftragswesen gebilligt. Die Tschechische Republik hat sich erst im Herbst 2003 entschieden, aus den zwei bereits existierenden Agrarzahlungsagenturen eine einzige zu machen,⁸ was zur Verzögerung bei ihrer Akkreditierung seitens Brüssel führte. Laut der Kritik der Europäischen Kommission war das System der unabhängigen Finanzkontrolle des Wirtschaftens von Städten und Gemeinden nicht zufriedenstellend. Nach Expertenschätzungen droht ein Drittel der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der Exportbetriebe nach dem Beitritt Pleite zu gehen. Größere Probleme gab es im Bereich staatlicher Beihilfen, wo die Kommission vor allem die Konsequenzen der Privatisierung von Großbanken mit Besorgnis verfolgt hat. Nur im Rahmen des PHARE-Programms hat die Tschechische Republik seit dem Jahr 1990 von der EU ca. eine Mrd. Euro geschöpft. Aus den ISPA- und SAPARD-Programmen sind in die Tschechische Republik jeweils über 0,3 Mrd. Euro geflossen. Nach Schätzung des Finanzministeriums wird die Tschechische Republik in den Jahren 2004 bis 2006 ca. 2,6 Mrd. Euro aus den EU-Fonds schöpfen können. Künftige Probleme bei der Kofinanzierung werden erwartet. Die regionalen Vertreter der Tschechischen Republik, Deutschlands und Polens haben ein Memorandum zur Zusammenarbeit im Rahmen von Interreg III unterschrieben. Im September 2003 wurde eine neue „Mittleuropäische Region“ unter Beteiligung Österreichs, Tschechiens, der Slowakei und Ungarns gegründet.

Die Regierung hat im Oktober 2003 eine Strategie verabschiedet, die den Beitritt zur Eurozone für 2009/2010 vorsieht. Die Regierungskonzeption über die Ausrichtung der Tschechischen Republik in der EU für die Jahre 2004 bis 2013 deklarierte im Februar 2004 Interesse an der Fortführung des Integrationskurses. Beide Dokumente stießen auf harte Kritik des Präsidenten und der Opposition.

⁷ www.mfcr.cz/tiskzpravy.php?id=132.

⁸ Die Tschechische Republik will das vereinfachte System der Direktzahlungen einführen; die Agrarzahlungsagentur wird aus der Verbindung zwischen dem Staatlichen Interventionsfonds und der Agentur SAPARD entstehen.

Schlussfolgerungen

Trotz der Schwäche der Regierungskoalition und des Reformzwangs ist es gelungen, die Beitrittsvorbereitungen abzuschließen. Das erfolgreiche Referendum zum EU-Beitritt war das wichtigste europapolitische Ereignis des Jahres 2003. Die EU-Kritiker befürchteten einen Souveränitäts- und Identitätsverlust für das Land. Präsident Klaus verkündete anlässlich seiner Neujahrsansprache das Ende der formalen Staatshoheit der Tschechischen Republik. Die Öffentlichkeit befürchtete vor allem Preissteigerungen; als Vorteile der EU-Mitgliedschaft wurden die Öffnung der Grenzen sowie bessere Studium- und Arbeitsmöglichkeiten in den EU-Ländern wahrgenommen. Über den EU-Beitritt hinaus konnte sich die Tschechische Politik auf kein grundsätzliches Integrationsthema einigen.

Weiterführende Literatur

- Leon Podkaminer et al.: Transition Countries on the Eve of EU Enlargement, wiiw Research Report No. 303, February 2004.
- Anneke Hudalla: Außenpolitik in den Zeiten der Transformation: Die Europapolitik der CR 1993-2001, Münster 2003.
- Petr Kratochvíl: National Report Czech Republic, in: Christian Franck/ Pyszna-Nigge, Dorota (Hrsg.): Positions of 10 Central and Eastern European Countries on EU Institutional Reforms, Juni 2003.
- Christian Franck / Pyszna-Nigge, Dorota (Hrsg.): Positions of 10 central and eastern European countries on EU institutional reforms: Analytical Survey in the framework of the CEEC-DEBATE project, <http://www.iep-berlin.de/dokumente/CEECDebate-ReportConvention.pdf>.
- Petr Drulák / Cesal, Jirí / Hampl, Stanislav: Interactions and identities of Czech civil servants on their way to the EU. *Journal of European Public Policy*, Vol.10, No.4, August 2003, S.637-654.